

Volksbefragung Yasuní? | 10

Karin Gabbert über Erdölförderung und Naturschutz in Ecuador

Foto: fotolia/mirabile

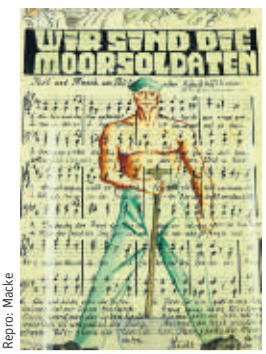
Gespräch mit Büchner | 16

Ein »unmögliches Interview« mit dem revolutionären Dichter, der bald 200 wird

»Ewig kann nicht Winter sein« | 3

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Heute vor 80 Jahren sangen erstmals Häftlinge in einem KZ das Lied »Die Moorsoldaten«

Reino Macke

Dienstag, 27. August 2013

68. Jahrgang/Nr. 199 • Bundesausgabe 1,60 €, Auslandspreis 1,90 €

STANDPUNKT

Drohnen-Koalition

Von Aert van Riel

Kaum meinte Thomas de Maizière, die Affäre um die Drohne Euro Hawk ausgestanden zu haben, droht ihm nun neues Ungemach. Medien und Oppositionspolitiker werfen dem CDU-Mann vor, den Kauf von Marinehubschraubern zu planen, die von der Bundeswehr als »ungeeignet« eingestuft wurden. Der Verdacht, dass bei diesem Rüstungsgeschäft wieder einmal der europäische Konzern EADS bevorzugt wurde, liegt nahe. SPD und Grüne sind deswegen empört. Sie sorgen sich um die »operationelle Einsatzfähigkeit der Marine« und ein Geschäft, das »nicht im Interesse der Soldaten« sei.

Als Konsequenz aus dem Euro-Hawk-Debakel versprechen nun sowohl die Bundesregierung als auch die Oppositionsparteien, mit unterschiedlichen Mitteln künftig die Anschaffung von Kriegsgeräten genauer zu überprüfen. Der Nutzen von Spionagedrohnen und Kampfhubschraubern steht bei Rot-Grün und Schwarz-Gelb aber wohl grundsätzlich nicht zur Debatte. Zwar geben sich SPD und Grüne nun Drohnen-kritisch, aber sie haben einst selber die Beschaffung einer Aufklärungsdrohne für die Bundeswehr auf den Weg gebracht. In Zeiten, in denen Kriegseinsätze der Bundeswehr von der Mehrheit der Parlamentarier als Normalität angesehen werden, sorgen sich die meisten Politiker vielmehr um die Kosten für die Kriegsgeräte als um die Kriege selbst, für die sie einmal eingesetzt werden könnten. Deswegen ist aus friedenspolitischer Sicht seit der Debatte über die Drohne Euro Hawk nichts gewonnen worden.

Unten links

Was machen die Menschen neuerdings in ihrem Urlaub? Man muss sich das fragen, denn jeder fünfte kommt nicht erholt aus dieser staatlich per Gesetz verordneten Zwangsmaßnahme zurück. Ja, schlimmer noch: Manche werden sogar krank im Urlaub! Das hat eine große Krankenkasse aus ihren Versicherten herausgequetscht, kaum dass diese wieder am Arbeitsplatz erschienen. Erholung ist nun aber mal das ultimative Ziel dieser Auszeit. Wird es immer öfter verfehlt wird, dann ist dringend Nachdenken geboten. Ist die Maßnahme überhaupt noch zeitgemäß? Sollte sie vielleicht nur den Älteren vorbehalten bleiben, denn die krieges es der Umfrage zufolge ein bisschen besser hin, sich zu entspannen? Und kann man den Menschen die Gestaltung ihres Urlaubs selbst überlassen? Sinnlos am Meer liegen, vor dem Fernseher fläzen, auf Berge kraxeln, sich mit Mann, Frau, Kind oder Schwiegermutter durch fremde Länder quälen – das bekommt einfach nicht jedem.

ott

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise
Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-3375



UNO prüft, Westen gibt Gas

Trotz weiter ungeklärter Vorwürfe wächst der Wille zum Angriff auf Syrien



Damaskus/Berlin (nd/Agenturen). Hat Assad Militär auf syrische Rebellen mit Chemiewaffengranaten geschossen, ähnlich denen auf obigem Archivbild? Die Inspektoren der UNO besuchten am Montag die Ortschaft Muadamiyat al-Schams im Umland von Damaskus. Dort sind am vergangenen Mittwoch viele Menschen ums Leben gekommen – möglicherweise bei einem Giftgasangriff. Das Untersuchungsteam befragte unter anderem Ärzte und Patienten in einer Behelfsklinik.

In Washington, London, Paris und anderen westlichen Hauptstädten wächst der Wille zur Intervention – ohne die Ergebnisse der UNO-Inspektion abzuwarten. Inzwischen geht auch die Bundesregierung davon aus, dass es sich »mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit« um einen Giftgasangriff handelte. Kanzlerin Angela Merkel ließ klarstellen: »Er darf nicht folgenlos bleiben.« Gernot Erler, Vizevorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, warf der Regierung Verschleierungstaktik vor. »Noch sind nicht

alle politischen und diplomatischen Instrumente ausgeschöpft«, so Erler. Gregor Gysi, Fraktionschef der Linkspartei im Bundestag, forderte ein klares Bekenntnis gegen ein militärisches Eingreifen. Dieses »wäre eine Katastrophe«, sagte Gysi der »tageszeitung«.

Westliches, namentlich bundesdeutsches Know-how war oft die Grundlage für C-Waffenprogramme von Diktaturen.

Seiten 2, 4, 7, 13 und 15
Foto: AFP

Arbeiter, an die Urnen!

DGB-Vorstand ruft zur Bundestagswahl auf – fast parteipolitisch neutral

Von Jörg Meyer

Der DGB verhält sich in seinem Wahlauftritt »parteineutral« wie immer. Doch es gibt Meinungsunterschiede in den Gewerkschaften.

In wenigen Wochen ist Bundestagswahl, und nun hat auch der DGB an die Urnen gerufen. Parteineutral wie stets fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund alle Bürgerinnen und Bürger auf, für einen Politikwechsel wählen zu gehen. Letztlich ist es ein Aufruf, Schwarz-Gelb abzuwählen, ohne CDU und FDP explizit zu nennen.

Deren Politik der letzten Jahre sei dafür verantwortlich, »dass die Armut in unserem reichen Land trotz sinkender Arbeitslosigkeit immer größer wird«, heißt es in dem Papier, das der Geschäftsführende Bundesvorstand am Montag in

Berlin verabschiedete. Zu den Themen gehören 8,50 Euro Mindestlohn, Zurückdrängen des Niedriglohnssektors, Aussetzen der Rente mit 67, ein neuer Sozialkontrakt und ein Investitionsprogramm, um die Krise in der EU zu beenden, Kontrolle der Banken sowie ein gerechtes Steuersystem.

Es wäre nicht Wahlkampf, würde nun nicht orakelt, ob es ein Aufruf für Rot-Grün ist, der die parteipolitische Neutralität der Einheitsgewerkschaft verletzt. Sicher tut er das! Vertreter aus FDP und CSU äußerten sich flugs pikiert und geißelten die offene Parteinarbeit.

Aber eine Wahlempfehlung ist es eben nicht. »Damit haben wir nach 1998 schlechte Erfahrungen gemacht. Das machen wir bestimmt nicht noch mal«, heißt es aus Gewerkschaftskreisen. Damals hatte der DGB

mit einer Anzeigenkampagne für Rot-Grün geworben. Die Ergebnisse sind bekannt.

Einzelne Gewerkschaftsfunktionäre machen aus ihrer Präferenz kein Geheimnis. Die Betriebsratschefs von Großkonzernen wie Bayer, Porsche, Siemens und ThyssenKrupp initiierten einen Aufruf pro SPD. Auf der anderen Seite haben bislang über 1100 Gewerkschafter einen Aufruf für die LINKE unterzeichnet.

Jutta Krellmann, Gewerkschafterin und Sprecherin für Arbeit und Mitbestimmung der Linksfraktion, sagte gegenüber »nd«, es sei gut, dass der DGB sich einmische, er hätte aber »konsequenter sein können«. Erst zehn Euro Mindestlohn seien »eine realistischere Grundlage für ein armutsfreies Leben im Alter«. »Und die Rente mit 67 darf nicht nur ausgesetzt,

sondern muss völlig zurückgenommen werden.«

Bei ver.di sieht man das Moratorium der Rente mit 67 als einen ersten Schritt zum Ausstieg. »Wir geben keine Wahlempfehlung ab, weil wir darauf vertrauen, dass unsere Mitglieder anhand der politischen Themen selbst die richtige Entscheidung treffen«, sagte ver.di-Sprecher Christoph Schmitz dieser Zeitung. Und während IG-Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban in einem Gastkommentar für die »Frankfurter Rundschau« schrieb, »wer Angst vor zu viel Rot hat, könnte nach der Wahl ins Schwarze gucken«, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske in einem Interview Mitte voriger Woche auf die Frage nach Rot-Rot-Grün: »Wie sich die Akteure gegenwärtig aufstellen, ist das eine rein akademische Debatte.«

Rüstungsdeal: De Maizière erneut in der Kritik

Opposition sieht Vorteile nur bei der Waffenindustrie

Berlin (nd-van Riel). Das Verteidigungsministerium von Thomas de Maizière (CDU) steht erneut wegen eines Rüstungsgeschäfts in der Kritik. Das Ministerium will Hubschrauber für die Marine anschaffen, an deren Eignung die Bundeswehr Zweifel hat. Der Hubschrauber sei ein Produkt, das gewinnbringend für EADS sei, aber nicht im Interesse der Soldaten und Steuerzahler, sagte Omid Nouripour, Verteidigungspolitiker der Grünen. Das Verteidigungsministerium verkündete hingegen, dass die in der »FAZ« zitierten Bedenken gegen den Helikopter NH 90 aus bis zu drei Jahre alten Dokumenten stammten. Wegen der technischen Weiterentwicklung der Baureihe seien diese »überholt und veraltet«.

Derweil kam gestern der Bundestags-Untersuchungsausschuss zur Affäre um die Drohne Euro Hawk zu seiner letzten Sitzung zusammen. Die Regierungsparteien Union und FDP sehen die Vorwürfe gegen de Maizière, der die Beschaffung der Drohne wegen immenser Kosten und Problemen bei der Zulassung sehr spät gestoppt hatte, ausgeräumt. Rainer Arnold (SPD) erneuerte hingegen seine Forderung nach einem Rücktritt des Ministers. Die Sozialdemokraten gaben gemeinsam mit den Grünen ein Sondervotum ab. Die LINKE kritisierte in einem eigenen Votum die Verflechtungen zwischen dem Verteidigungsministerium und der Rüstungsindustrie. Zudem hätte es ein Datenschutzkonzept geben müssen. Die Aufklärungstechnik der Drohne kann sensible Kommunikationsdaten abgreifen. Die Technik soll nach der gescheiterten Beschaffung von Euro Hawk auf einer anderen Trägerplattform weiterverwendet werden. »Die Bundeswehr hat es ignoriert, ein projektbezogenes Datenschutzkonzept zu erstellen. Dies betrifft die abgeschlossenen Testflüge ebenso wie den ursprünglich geplanten Serienbetrieb von insgesamt fünf Euro Hawk«, kritisierte der LINKE-Politiker Andrej Hunko.

Seite 6

KURZ

Verhandlungsrunde abgesagt

Ramallah (dpa). Nach dem Tod von drei Palästinensern bei Zusammenstößen nahe Jerusalem hat die Palästinenserführung eine neue Verhandlungsrunde mit Israel abgesagt. Das Treffen sollte in Jericho stattfinden.

Seiten 4 und 7

204 Bootsflüchtlinge gerettet

Rom (AFP). Die italienische Küstenwache hat in der Nacht zum Montag vor der Insel Lampedusa 204 in Seenot geratene Flüchtlinge gerettet. Die Einwanderer befanden sich auf zwei großen Schlauchbooten und stammten zum größten Teil aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara. Sie wurden in ein Aufanglager auf Lampedusa gebracht.

Papst zeigt Solidarität

Rom (epd). Papst Franziskus will erneut seine Solidarität mit Flüchtlingen unterstreichen. Das Oberhaupt der katholischen Kirche werde am 10. September das Aufnahmезentrum Centro Astalli in Rom besuchen, berichtete Radio Vatikan. Die Einrichtung wird vom Jesuiten-Flüchtlingsdienst betrieben.

In Irak entführt und getötet

Bagdad (AFP). In Irak sind sechs Menschen von Bewaffneten in Polizeiuniformen entführt und getötet worden. Die Angreifer täuschten am Montag einen Sicherheitseinsatz vor und stürmten mehrere Häuser in der mehrheitlich von Sunniten bewohnten Stadt Tarmijah nördlich von Bagdad, wie die Polizei und das Innenministerium mitteilten.